

POSTULAT von Sabine Arnold (Grüne, Zürich), Lejla Salihu (SP, Winkel), Nicole Wyss (AL, Zürich), Andrea Grossen-Aerni (EVP, Wetzikon), Claudia Frei (GLP, Uster), Josef Widler (Die Mitte, Zürich), Andreas Juchli (FDP, Russikon) und Elisabeth Pflugshaupt (SVP, Gossau)

Betreffend Kinder von sucht- und psychisch kranken Eltern gezielt unterstützen

Der Regierungsrat wird beauftragt, unter Einbezug der Bereiche Gesundheit, Bildung und Soziales eine Strategie zu erarbeiten, wie Kinder von sucht- oder psychisch kranken Eltern tatsächlich erreicht, besser geschützt und gestärkt werden können. Die Strategie soll bestehende Aktivitäten bündeln, die Zusammenarbeit der beteiligten Bereiche stärken und auf folgende Aspekte fokussieren:

- Der Zugang zu Beratung und Unterstützung für betroffene Kinder und Jugendliche und ihre Familien muss sichergestellt sein.
- Das Thema wird in Ausbildung und Praxis der Bereiche Gesundheit, Sozialberatung und Pädagogik integriert.
- Der Kanton fördert Früherkennung und Frühintervention, indem er das Thema z. B. in der Schule, der Schulsozialarbeit, der Suchtberatung und im Gesundheitsbereich implementiert.
- Die Zusammenarbeit der Bereiche Kinderschutz, Suchthilfe, Schule, Soziales und Gesundheitswesen wird gestärkt.
- Bestehende Angebote und Projekte sind koordiniert, allfälliger Handlungsbedarf inklusive der finanziellen Auswirkungen identifiziert und erfolgreiche Ansätze verankert.

Begründung:

Im Kanton Zürich leben schätzungsweise 18'000 Kinder mit einem suchtkranken Elternteil sowie 60'000 Kinder, deren Eltern psychisch krank sind. Ihre Entwicklung ist erheblich gefährdet – ihr Risiko, später selbst eine Sucht- oder psychische Erkrankung zu entwickeln, ist sechs Mal höher als bei anderen Kindern. Doch dieser Verlauf ist nicht vorbestimmt: Mit frühzeitigem Erkennen und Unterstützen lässt sich Gegensteuer geben.

Der Bundesrat hält in der Antwort auf die Interpellation 25.3376 fest, dass für die Umsetzung von Präventionsmassnahmen die Kantone zuständig sind. Im Kanton Zürich fehlt es an einer zielgerichteten, bereichsübergreifenden Strategie und an flächendeckenden niederschweligen Angeboten: Nur der Bezirk Bülach sowie die Städte Winterthur und Zürich verfügen über Einzeltherapien oder Gruppen für Minderjährige. Zudem haben sich private Anbieter wie der Ulmenhof im Knonaueramt auf die Zielgruppe spezialisiert. Zusammen begleiten sie höchstens 1 Prozent der betroffenen Kinder. Die Dunkelziffer ist also immens.

Die Massnahmen, die der Kanton Zürich im Zusammenhang mit der Volksinitiative «Gesunde Jugend jetzt» erarbeitet hat, sind begrüssenswert. Die meisten zielen auf Kinder und Jugendliche ab, die bereits psychisch belastet sind. Jene von sucht- oder psychisch kranken Eltern bleiben jedoch oft unsichtbar. Weshalb? Die Eltern verstecken aus Scham ihre Sucht oder Krankheit. Um nicht stigmatisiert zu werden, holen sich viele sucht- oder psychisch kranke Erwachsene keine Hilfe, vertuschen ihr Leiden und halten auch ihre Kinder dazu an, das Thema ausserhalb der Familie zu verschweigen. Häufig schwingt bei den Eltern auch

die Angst einer Fremdplatzierung der Kinder mit. Meist kommt das Hilfesystem erst zum Tragen, wenn die Situation zu Hause eskaliert, zum Beispiel wegen häuslicher Gewalt, einer Scheidung oder eines Verkehrsunfalls.

Eine kantonale bereichsübergreifende Strategie bewirkt, dass Kinder-, Hausärzt:innen, Psychiater:innen, Lehrpersonen, Schulsozial- oder Jugendarbeitende betroffenen Kindern und Jugendlichen niederschwellige Unterstützung bieten, die Situation der Kinder systematisch ansprechen respektive erfassen oder sie auf entsprechende Angebote aufmerksam machen.

Sabine Arnold
Lejla Salihu
Nicole Wyss
Andrea Grossen-Aerni
Claudia Frei
Josef Widler
Andreas Juchli
Elisabeth Pflugshaupt